

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b. Preis 12 Groschen

# MAHRUF

Kampfblatt der Werktätigen

2. Jahrgang

Wien - Graz, Dezember 1930

Nummer 38

## Es geht um das letzte Stück Brot!

Wie eine Bombe wirkte die Tatsache, daß die Vertreter der Industrie in der IWA Wiens auf kaltem Wege die Notstandsauslässe

zehntausenden Arbeitslosen verkürzen, respektive zu entzählen beabsichtigen. Und gleichzeitig gingen noch zwei Bomben in die Luft. Die IWA von St. Pölten, Salzburg und Wiener-Neustadt hat die Verkürzung der Notstandsauslässe unter verschlossenen Türen bereits beschlossen.

Demnach sollen z. B. in Wiener-Neustadt nur mehr jene Arbeitslosen, die für Kinder zu sorgen haben, die volle Notstandsauslässe erhalten. Bei allen übrigen werden einschneidende Abstriche gemacht, und zwar:

Für sonstige Familienerhalter auf 80 Prozent. Wenn der andere Gattenteil Unterstützung bezieht oder in Arbeit steht, auf 80 Prozent. Für alle anderen Arbeitslosen nach vollendetem 50½ Jahr auf 80 Prozent. Für alle anderen Arbeitslosen nach vollendetem 25. Jahr auf 80 Prozent. Für alle anderen Arbeitslosen unter 25 Jahren auf 70 Prozent. Für alle Arbeitslosen, die die Notstandsunterstützung bereits durch einen Zeitraum von drei Jahren bezogen haben, im Alter von über 25 Jahren auf 85 Prozent, unter 25 Jahren auf 80 Prozent.

In Geld errechnet betragen diese:

Kürzungen S. 1.41 bis S. 8.12

pro Woche. Das ist eine Kürzung der Unterstützung bis zu zwei Fünftel. Und dieser Unterstützungszugriff trifft gerade jene Schichten von Arbeitslosen, die durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit ohnehin schon am Rande ihres Seins stehen. Im

Wiener-Neustädter Hungerrevier,

wo die Arbeiter in vielen Orten wegen Sperrung der Betriebe jahrelang ohne Arbeit sind, muß diese Maßnahme, die von den freien Gewerkschaften stillschweigend angenommen wurde, geradezu katastrophal wirken. Die

IWA Graz

ist schon seit langem die Schrittmacherin im Entzuge und der Verkürzung der Unterstützung. Auf administrativem Wege — („Arbeitsmangel nicht gegeben“, „Notlage nicht gegeben“) — wird periodisch über Hunderte von Arbeitslosen das

Todesurteil

gesprochen. Nicht die Gewerkschaften, nicht die Mandatäre der „großen Partei“ nehmen Rücksicht von diesen unerbörten Hebergriffen der IWA.

Warum denn sich's verschmerzen mit den Industriellen? Bei der Wirtschaftsnote muß Verständigung und Verständnis vorherrschen für die so arg bedrohte Industrie. Das ist doch das Aushängeschild der sozialdemokratischen Politik. Dabei

kommt es auch, daß die Wiener Unternehmer auf die IWA von St. Pölten, Salzburg, Wiener-Neustadt und Graz hinarbeiten und erklären, sie sehen es nicht ein, warum man in Wien nicht eine Herabsetzung der Notstandsauslässe vornehmen soll, wenn sie in anderen industriellen Bezirkskommissionen vorgenommen werden ist. Darauf antwortet die Sozialdemokratie ralmudistisch:

„Nun dürfen die Beiträge der Unternehmer und der Arbeiter nach dem Gesetz nicht mehr als fünfundvierzig Prozent der Krankentassenbeiträge betragen; wo, wie zum Beispiel im Wiener-Neustädter Industriegebiet, die Industrielle Bezirkskommission mit diesen Beiträgen nicht auskommen kann, ist sie durch das Gesetz gezwungen, die Notstandsauslässe herabzusetzen, weil sie höhere Beiträge nicht einheben darf. Anders ist es in Wien. Hier leisten die Unternehmer und die Arbeiter noch lange nicht fünfundvierzig Prozent der Krankentassenbeiträge für die Notstandsauslässe, sondern nur zwölf Prozent. Hier muß die Industrielle Bezirkskommission also nicht die Notstandsauslässe herabsetzen; sie kann die Notstandsauslässe in unveränderter Höhe weiterzahlen, wenn sie die Beiträge erhöht. Eine Erhöhung auf fünf- undzwanzig Prozent würde genügen, um die ungeschmälerete Auszahlung der Notstandsauslässe sicherzustellen; dabei wäre der Beitrag immer noch um zwanzig Prozent niedriger als in anderen Bundesländern! Und eine kleine Erhöhung des Beitrages ist immer noch erträglich, als zehntausend Arbeitslosen, die in schlimmster Not leben, die Unterstützung zu kürzen oder gar zu entziehen! Das ist es nun, was die Sozialdemokraten fordern: der Minister solle durch eine Verordnung die Beiträge so erhöhen, daß die ungeschmälerete, ungeschmälerete Auszahlung der Notstandsauslässe gesichert wird!“ („N. Z.“ v. 17. Dezember.)

Mit Verlaub, ihr Herren! Habt ihr nicht dieses Gesetz so geschaffen? Habt ihr nicht Gelegenheit genug gehabt, es zu ändern? Gilt nicht für die „zehntausend Arbeitslosen, die in schlimmster Not leben“ und das Mißgeschick haben, in Niederösterreich und Steiermark zu wohnen, daselbe, was für die Arbeitslosen von Wien gilt. Warum habt ihr euch nicht aufgeschaut, als die IWA der genannten Bezirke und wahrscheinlich auch andernorts, die Kürzung der Unterstützung beschlossen haben und die

Massenausbeuerungen

durchzuführen? Warum! Ihr fordert vom Minister, daß er in Wien die Beiträge auf 25 Prozent im Verordnungswege erhöhen möge. Und was ist mit den in „schlimmster Not“ lebenden Parteigenossen in der Provinz? Darauf sagt ihr, da kann man nichts machen, weil...

Nicht mit diesen Worten des kraftlosen und gewissenlosen parlamentarischen Realismus werden sich die Arbeitslosen zufriedengeben können. Sogar



# Was lehrt der Prozeß gegen die Schädlinge?

Von Leo Trotzki

Die Anklagekräften in der Sache der Schädlinge („Industriepartei“) sind von außerordentlichem Interesse nicht allein wegen ihrer direkten politischen Bedeutung, sondern auch vom Standpunkte des Kampfes der Arbeiter innerhalb der WKP. Die Opposition hatte behauptet und es auch in allen ihren Dokumenten wiederholt, daß die minimalistische Einstellung der Jahre 1923-24 auf dem Gebiete der Industrialisierung und Kollektivierung nicht durch das Ausbleiben, andererseits durch die auch nicht Bourgeoisie vermittelte der Selbstbestrafung bedingt worden ist. Die zur Verantwortung gezogenen leitenden Spezialisten zeigen uns, wie sehr einen jenen und ebensolchen Kampf sie in der Vergangenheit für das Antimperialistische Programm auf dem Gebiete des Fünfjahresplans führen mußten. So weist Kampf insbesondere darauf hin daß „die Verlangsamung des Entwicklungstempes“, die betont wurde deutlich in dem alten Fünfjahresplan auftritt, ist zum großen Teil unter dem Einflusse der Schädlinge, die die wichtigste Maßnahme der Schädlinge in Bezug auf alle Industriezweige war. Die Opposition hatte hinsichtlich den alten Fünfjahresplan einer vernichtenden Kritik auszuwerfen. Es genügt, wenn man hier aus der Plattform die allgemeine Einschätzung des ersten Fünfjahresplans von Stalin-Stalin anführt:

„Die gewaltigen Vorteile der Nationalisierung von Grund und Boden, der Produktionsmittel, der Banken und der zentralisierten Leitung, d. h. die Vorteile der sozialistischen Revolution haben beim alten Fünfjahresplan fast keinerlei Widerspiegelung erhalten.“ (St. 20. Plattform der Russischen Opposition, Deutsche Ausgabe)

Das Zentralkomitee hat unsere Kritik des Fünfjahresplans als parteifeindlich erklärt. Der 15. Parteitag bezeichnete uns als „Kleinliebhaber“, da wir vor der angeblich unabwehrbaren Verlangsamung des Tempos in der Rekonstruktionsperiode „erschrocken“ seien. Mit anderen Worten stellte das ZK. im Laufe der Jahre 1928-1929, d. h. in der Periode der Entwicklung des Kampfes gegen die Opposition unberührt das politische Sprengrohr der Spezialisten-Schädlinge dar, welche ihrerseits bestimmte Agenten der ausländischen Imperialisten und der russischen Emigranten-Kompradoren waren. Haben wir aber nicht schon immer behauptet, daß Stalin in seinem Kampfe gegen die linke Opposition eine soziale Bestrafung der Selbstvergeßlichkeit anführt, wenn er die proletarische Avantgarde entwarf? Das, was früher eine soziologische Verallgemeinerung war, das wird jetzt durch das unbestreitbare faktische Belegmittel der Anklagekräften bestätigt.

Die Energetik bildet das Herz des Fünfjahresplans. Vom Herzklopfen hängt das Tempo des Lebens des gesamten Organismus ab. Wer war es aber, der den Rhythmus des Herzens selbst bestimmte? Darauf gibt Stalin eine genaue Antwort:

„Die Bestrafung der Grundlagen der Industriepartei (Partei der Schädlinge) auf dem Gebiet der Energetik wurde dadurch gesichert, daß die grundlegenden Organe, welche die betreffende Frage zu entscheiden hatten, vollständig in den Händen der Industriepartei befanden.“

Das also waren die Leute, die den Stalinischen Kampf gegen die Vertreter der angeblichen „Überindustrialisierung“ im Laufe einer Reihe von Jahren geführt haben!

Die Anklagekräften in der Sache der Schädlinge gegen die Industriepartei sind von außerordentlichem Interesse nicht allein wegen ihrer direkten politischen Bedeutung, sondern auch vom Standpunkte des Kampfes der Arbeiter innerhalb der WKP. Die Opposition hatte behauptet und es auch in allen ihren Dokumenten wiederholt, daß die minimalistische Einstellung der Jahre 1923-24 auf dem Gebiete der Industrialisierung und Kollektivierung nicht durch das Ausbleiben, andererseits durch die auch nicht Bourgeoisie vermittelte der Selbstbestrafung bedingt worden ist. Die zur Verantwortung gezogenen leitenden Spezialisten zeigen uns, wie sehr einen jenen und ebensolchen Kampf sie in der Vergangenheit für das Antimperialistische Programm auf dem Gebiete des Fünfjahresplans führen mußten. So weist Kampf insbesondere darauf hin daß „die Verlangsamung des Entwicklungstempes“, die betont wurde deutlich in dem alten Fünfjahresplan auftritt, ist zum großen Teil unter dem Einflusse der Schädlinge, die die wichtigste Maßnahme der Schädlinge in Bezug auf alle Industriezweige war. Die Opposition hatte hinsichtlich den alten Fünfjahresplan einer vernichtenden Kritik auszuwerfen. Es genügt, wenn man hier aus der Plattform die allgemeine Einschätzung des ersten Fünfjahresplans von Stalin-Stalin anführt:

„Die gewaltigen Vorteile der Nationalisierung von Grund und Boden, der Produktionsmittel, der Banken und der zentralisierten Leitung, d. h. die Vorteile der sozialistischen Revolution haben beim alten Fünfjahresplan fast keinerlei Widerspiegelung erhalten.“ (St. 20. Plattform der Russischen Opposition, Deutsche Ausgabe)

Das Zentralkomitee hat unsere Kritik des Fünfjahresplans als parteifeindlich erklärt. Der 15. Parteitag bezeichnete uns als „Kleinliebhaber“, da wir vor der angeblich unabwehrbaren Verlangsamung des Tempos in der Rekonstruktionsperiode „erschrocken“ seien. Mit anderen Worten stellte das ZK. im Laufe der Jahre 1928-1929, d. h. in der Periode der Entwicklung des Kampfes gegen die Opposition unberührt das politische Sprengrohr der Spezialisten-Schädlinge dar, welche ihrerseits bestimmte Agenten der ausländischen Imperialisten und der russischen Emigranten-Kompradoren waren. Haben wir aber nicht schon immer behauptet, daß Stalin in seinem Kampfe gegen die linke Opposition eine soziale Bestrafung der Selbstvergeßlichkeit anführt, wenn er die proletarische Avantgarde entwarf? Das, was früher eine soziologische Verallgemeinerung war, das wird jetzt durch das unbestreitbare faktische Belegmittel der Anklagekräften bestätigt.

Die Energetik bildet das Herz des Fünfjahresplans. Vom Herzklopfen hängt das Tempo des Lebens des gesamten Organismus ab. Wer war es aber, der den Rhythmus des Herzens selbst bestimmte? Darauf gibt Stalin eine genaue Antwort:

„Die Bestrafung der Grundlagen der Industriepartei (Partei der Schädlinge) auf dem Gebiet der Energetik wurde dadurch gesichert, daß die grundlegenden Organe, welche die betreffende Frage zu entscheiden hatten, vollständig in den Händen der Industriepartei befanden.“

Das also waren die Leute, die den Stalinischen Kampf gegen die Vertreter der angeblichen „Überindustrialisierung“ im Laufe einer Reihe von Jahren geführt haben!

Die Anklagekräften in der Sache der Schädlinge gegen die Industriepartei sind von außerordentlichem Interesse nicht allein wegen ihrer direkten politischen Bedeutung, sondern auch vom Standpunkte des Kampfes der Arbeiter innerhalb der WKP. Die Opposition hatte behauptet und es auch in allen ihren Dokumenten wiederholt, daß die minimalistische Einstellung der Jahre 1923-24 auf dem Gebiete der Industrialisierung und Kollektivierung nicht durch das Ausbleiben, andererseits durch die auch nicht Bourgeoisie vermittelte der Selbstbestrafung bedingt worden ist. Die zur Verantwortung gezogenen leitenden Spezialisten zeigen uns, wie sehr einen jenen und ebensolchen Kampf sie in der Vergangenheit für das Antimperialistische Programm auf dem Gebiete des Fünfjahresplans führen mußten. So weist Kampf insbesondere darauf hin daß „die Verlangsamung des Entwicklungstempes“, die betont wurde deutlich in dem alten Fünfjahresplan auftritt, ist zum großen Teil unter dem Einflusse der Schädlinge, die die wichtigste Maßnahme der Schädlinge in Bezug auf alle Industriezweige war. Die Opposition hatte hinsichtlich den alten Fünfjahresplan einer vernichtenden Kritik auszuwerfen. Es genügt, wenn man hier aus der Plattform die allgemeine Einschätzung des ersten Fünfjahresplans von Stalin-Stalin anführt:

internationalen Kapitals handelte. Für ihren Kampf gegen diese „Führung“ wurden die Volkswirtschaftswissenschaftler ins Gefängnis gesperrt, verbannt und sogar erschossen. Das ist die nackte Wahrheit, die leinzerlei Verdrehungskünste widerlegen können!

Die Anklageakten, welche uns ein Bild der Wirtschaft der Schädlinge im Gosplan und in dem Obersten Volkswirtschaftsrat geben, sind in der „Pravda“ vom 11. November veröffentlicht worden. Einen Tag vorher schreibt aber dasselbe Blatt in ihrem Feuilleton unter der völlig neuen Überschrift: „Schonungsloses Feuer gegen den Rechts-Einkauf“ folgendes über die „Machenschaften der Opposition“: „Das bedeutet aber einen gewöhnlichen fraktionellen Trick: Indem man z. B. den Gosplan und die Kontrollzahlen, den Bürokratismus der Wirtschaftsorgane angreift, führt man die Klaxode gegen das ZK. gegen die Parteipolitik, gegen die Parteiführung.“

Dieses Gift erscheint völlig ungläublich. Die „Pravda“ identifiziert hier selbst eine Kritik des Gosplans der im Laufe einer Reihe von Jahren ein Spielzeug in den Händen bürgerlicher Schädlinge war mit der Kritik am ZK. und erklärt dadurch eine solche Kritik für eine „Todsünde“. Hat nicht vielleicht hier jemand bei der „Pravda“ einen „Trick“ versucht? Bei der nächsten Kritik werden wir aber aus einem zweiten Anklageakt erfahren, daß die Stalinischen Ueber-Tempel, vor denen wir rechtzeitig gewarnt hatten, von den Kompradoren-Schädlingen bestellt werden. So ist die Logik des Stalinischen Regimes

## Der Parteitag der „Besonnenen“.

Der zweipolige und widerspruchsvolle Charakter der Sozialdemokratie, die im wahren Sinne des Wortes — die bürgerliche Arbeiterpartei ist, kam auf ihrem diesjährigen Parteitag stänfällig zum Ausdruck.

Seiz, der alte Jongleur, bereitet die Parteimassen auf die bevorstehende Kapitulation vor dem Ender-Schober-Regime mit folgenden Worten vor: „Ich schaue nach England, wo man sich bescheiden muß, obwohl die Partei in der Regierung ist. Ich schaue nach Deutschland, wo man wahrhaftig eine Politik machen muß, die man besonnen nennt.“

Otto Bauer formuliert mit nachfolgenden Worten die Stimmung der unzufriedenen Arbeitermassen:

„Aber auf der anderen Seite ist es meine Uebersetzung, daß es gar keine größere Gefahr gäbe für die Partei, gar keine größere Gefahr vor allem für das Bestehen der breiten, unter dem Druck der Wirtschaftskrise leidenden Massen zu ihrer Partei, als wenn sich die Partei auf jenen gefährlichen Weg begäbe, wo ihr Gegenüber gegen die Faschisten ausgebeutet werden könnte zu dem Zwecke: Züchtet die starke Hand, also müßt ihr in allen wirtschaftlichen und sozialen Dingen nachgeben, damit diese Regierung sich behauptet.“

Seiz spricht offen aus, was die Sozialdemokratie zu tun gedenkt, während Otto Bauer mit radikalen Phrasen die Linie der Kapitulation deckt. So war es bei der Vera Treverinsky und Schober, so wird es sein bei der Vera Ender-Schober. Die Politik des kleineren Übels, die „Politik des Zusammenfassens aller Kräfte“, die Politik des „Ningens gleichberechtigter Ideen, gleichberechtigter Systeme“, das ist nach Seiz das „Ideal des Regierens“ und hiemit die Linie der sozialdemokratischen Politik. Seiz betrachtet das kapitalistische System und die bürgerliche Weltanschauung gleichberechtigt mit dem Wirtschaftssystem des

Sozialismus und gleichberechtigt mit der sozialistischen Weltanschauung.

Um ja nicht „hoffentlich“ zu gelten, zitierte Otto Bauer ein Zitat von Ramsay MacDonald über das Bestehen des Kapitalismus. Der vom Glorienschein umgebene Friedrich Adler, Sekretär der Gott. König und Vaterland ergebenden zweiten Internationalen, schwingt sich gar zu folgender Erkenntnis auf:

„Wir sind bedrückt von der Tatsache, daß in diesem Bande hunderttausende Menschen, in anderen Ländern Millionen Menschen arbeitslos sind, wir stehen unter dem Eindruck dieser Weltkrise des Kapitalismus, wir sehen die ganze große Aufgabe so deutlich vor uns, wie vielleicht niemals früher in unserer Bewegung.“

Hier bricht er den richtig begonnenen Gedankengang ab; statt aus dieser Erkenntnis die einzig mögliche Schlussfolgerung vom Standpunkte des Marxismus zu ziehen, nämlich, die Organisation des Kampfes zum revolutionären Sturz des Kapitalismus. Dafür berichtigt er, anschließend an die zitierten Worte, daß die nächste Tagung der „Internationalen“ in Wien stattfinden wird. Und die versammelte Bürokratie bricht in spontanen Beifall aus, nämlich erleichtert, „der großen Aufgabe“ durch einen Kongreß der Minister- und Parteisozialisten Genüge getan zu haben.

Demnach waren auch die Beschlüsse des Parteitages. Zu den Vordergrund wurde gestellt die Forderung:

„Planmäßige Aktionen zur Eindämmung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit im Einklang mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften.“

Dem bankrotten Kapitalismus mit kapitalistischen Mitteln wieder auf die Beine zu helfen, wobei die Sozialdemokratie darauf besteht, daß ihre Vorschläge mit denen der bürgerlichen Parteien jenseits nach dem Besten berücksichtigt werden, das ist der Sinn der zitierten Forderung. Das heißt mit anderen Worten, das Beste für die Ueberwindung der Krise auf dem Boden und mit den Mitteln der kapitalistischen Wirtschaftspolitik: Weiterverbreitung der Rationalisierung, Fortsetzung der Lohnknebelerei bei Hungerlöhnen, Sanierung auf Kosten der Werttätigen. Nicht Kampf diesem morschen System, sondern Rettungsdienst; nicht Sturz des historisch überholten Kapitalismus, sondern Wiederaufrichtung; nicht Kampf dem bürgerlichen Staat, der das Proletariat vergewaltigt und mit dem Faschismus bedroht, sondern Bewöhnung der Arbeiterklasse mit jenem Kerker, dem bürgerlichen Staat; das ist das Ziel, das ist die historische Rolle der Sozialdemokratie. Statt die Krise des Kapitalismus auszunützen, um seine ökonomische Ohnmacht den proletarischen und Kleinbürgerlichen Massen aufzuzählen und sie vom unvermeidlich gewordenen Endkampf um den Sozialismus, als die einzige Rettung vor dem Untergang in die Barbarei, zu überzeugen, stellt die Sozialdemokratie (und die unter ihrer Führung stehenden Gewerkschaften) ihre ganze Kraft und ihren Einfluß auf die Werttätigen, in den Dienst der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Sozialdemokratie, die Partei der Reformen, vermag nicht einmal mehr für Reformen den Kampf zu führen. Denn selbst der Kampf um Reformen ist im Zeitalter des absterbenden Kapitalismus eine revolutionäre Bedrohung. Sofern aber dieser Parteitag seine Stellung zur Regierung Ender-Schober von einer Reihe sozialpolitischer Forderungen abhängig macht, respektive vom Kampfe zur Verteidigung der bedrohten sozialpolitischen Rechte der Arbeiterklasse spricht, muß die Arbeiterklasse von den Betrieben und Stempelstellen aus, ihre Führer beim Wort nehmen, und über ihre Köpfe hinweg zum Kampfe entschlossen sein.

## Was ist mit der Weihnachtsaushilfe der Gemeinde Graz?

Alljährlich bewilligte die Gemeinde Graz den Arbeitslosen kostenlos Kohle und Lebensmittel. Heuer, wo die Not doch, nach der Auffassung des „Arbeiterwille“ am größten ist, ist die Gemeinde taub und blind gegenüber den Arbeitslosen und Ausgesteuerten.

Ginge es nur darum, einen bürgerlichen Versuch zu unterstützen, da wäre der Gemeindefiskus sofort offen. Die Arbeitslosen dürfen der Gemeinde nicht erlauben, sich um ihre Pflicht zu drücken. Es gilt sofort eine Deputation der Arbeitslosen zum Bürgermeister zu entsenden, welche

folgende Mindestforderungen zu überreichen und deren Erfüllung zu fordern hat. Unentgeltlich Ausgabe von Kohlen an die Arbeitslosen. 100 Kilogramm für Ledige, 200 Kilogramm für Familienerhalter; ebenso ausreichende Lebensmittelpakete, deren Wert nach der Anzahl der Kinder zu staffeln ist. Ferner muß für die Schaffung Obdachlosenheimen und dauernde Verköstigung der Ausgesteuerten und deren Familien auf Gemeindefiskus- und Landeskosten eingetreten werden.

## Was uns Arbeiter schreiben.

### Unterstützungsraub.

Dem Maurer Alois Schart in Mostkirchen 35 (Bezirk Voitsberg) wurde auf 8 Wochen die Unterstützung entzogen, weil er eine Arbeit beim Pafstraßenbau nicht annehmen konnte, da er kein Quartier bekommen konnte. Schart hat eine sechsköpfige Familie und ist der bittersten Not preisgegeben. Alle seine bisherigen Bemühungen, zu seinem Recht zu gelangen, blieben erfolglos.

Der Arbeitslose Jösch, Grundnummer 11085, wurde, trotzdem er im vergangenen Jahre 27 Arbeitswochen nachweisen konnte, die Unterstützung von der J.M. Graz entzogen. Als Begründung führt die J.M. an, daß die „besonders gefegliche Notlage“ nicht gegeben sei, da ihr Sohn einen Brutoverdienst von S. 36.-- pro Woche hat.

Das sind nur zwei von vielen hundert Fällen, wo mit dem Leben des Proletariats gewürfelt wird. Wie lange noch?

### Ein Arbeiterfeind von Graz.

Herr Viktor Grünzel, Kasernstraße 3, stammes christlichsozialer Parteimann, nimmt es mit den Lehren Christi: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ nicht ernst. Dieser Herr zwingt seine Hausmagd, täglich 15 Stunden und noch mehr zu arbeiten. Die Behandlung, die ihr zuteil wird, steht tief unter der Behandlung von Menschen, die wir aus der Sklaverei kennen. Ausgang gab es überhaupt keinen. Der Magd wurde diese Sklaverei zu dumm und sie kündigte. Diese Arme mußte zum Gewerbegericht gehen, um ihren blutig verdienten Lohn zu bekommen.

Wir raten diesem Herrn, seine Umgangsformen gegenüber Arbeiterinnen zu ändern, ansonsten ihm die Arbeiter auf proletarische Weise Umgang mit Menschen beibringen werden.  
Ein Tischlergehilfe.

Die zwei Monate Streik sollen nicht gerechnet werden.

Bei der Lederfabrik „Wieber“ hat der Abbau in größerem Maße, jetzt vor den Weihnachten, eingesetzt. Die

Arbeiter, die ihren 14-tägigen Urlaub fordern, verweist Herr Wieber auf den zweimonatlichen Streik im Jahre 1926, und betrachtet die Zeit vom 11. 10. 1926 bis 11. 12. 1926 als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Die Lederarbeiter bestanden aber auf ihrem Recht und gingen zum Gewerbegericht.

„Wieber“ begründet seine Haltung damit, daß die Gewerkschaftsvertreter bei Streikabschluss auf die Einrechnung der 2 Monate in das Arbeitsverhältnis verzichtet hätten. Sollte das nicht so sein, dann werden die Lederarbeiter zu ihrem Rechte kommen. Ist dagegen die Aussage Wiebers richtig, so müssen die Lederarbeiter ihre Vertreter, die hinter ihrem Rücken eine derartige Schandtat begangen haben, zur Verantwortung ziehen und fordern, daß die Gewerkschaft ihnen den Schaden ersetzt, den sie durch die Nichtanerkennung der 14-tägigen Urlaubsberechtigung erleiden.

### Auch die Streikbrecher kommen an die Reihe.

Im Jahre 1926 streikten die Arbeiter der Lederbranche in Graz. Der Streik dauerte volle 2 Monate. Es gab auch bei diesem Streik Unternhmerföhdlinge, Streikbrecher, die ihren Arbeitskollegen in den Rücken fielen. Viele wurden von der Polizei zu der Arbeitsstätte begleitet. Auch eine gewisse „Murat“ war zur Streikbrecherin geworden und bekam für ihre Streikbrecherdienste im Betrieb der Lederfabrik Wieber eine Wohnung.

Seit diesem Streik sind 4 Jahre verfloßen, es kam das Jahr 1930 und der Herr Unternehmer hat auch auf seine Lieblinge vergessen; auch die „Murat“ wurde entlassen, wie ein jeder, der ein aufrichter Klassenbewußter Kämpfer blieb. Um des Profites willen nimmt der Unternehmer auch bei Streikbrechern keine Rücksicht. Diese Arbeiterin hatte den 14-tägigen Urlaub erreicht und das ist der eigentliche Grund der Entlassung. Alle, die 1926 den Lederarbeitern in den Rücken gefallen sind, sollen daraus die Lehre ziehen.  
Ein Lederarbeiter.

## Eisenbahner und Bundesheer.

Sehr charakterisierte den Abgang der Regierung Baugoin mit folgenden Worten:

„Und wenn die Herren gesagt haben: wir haben die Macht und wir werden sie nie mehr preisgeben, so steht man sie heute in ihrer Ohnmacht, in ihrer Nichtigkeit; man ist über sie zur Tagesordnung übergegangen.“

Das hat der prominenteste Repräsentant der SP. am Parteitag erklärt und am selben Parteitag wurden

seine Ausführungen widerlegt, und als eines der vielen Verrückten entlarvt. Stranek, der Führer des Militärverbandes, der ansonst ein getreuer Diener des Reformismus ist, mußte folgende Geständnisse machen:

„Es ist kein Zufall, daß der Bundeskanzler Ender in seiner Antrittsrede zwar auf wirtschaftlichem Gebiete keine einzige Reform positiv zu nennen wußte, daß er aber positiv zu nennen wußte die Reform, die bei den Bundesbahnen beabsichtigt ist, die Heeresreform, die Reform der öffentlichen Verwaltung... Man ist heute im Heeresamte eifrig

an der Arbeit, die Heeresreform auszuarbeiten.

Die Reform, die sie wollen, ist nichts anderes als die völlige Verdrängung der Arbeiterkraft aus dem Heere. Sie wollen vor allem die Parlamentarismuskommission befehligen, und es liegt ein Antrag der Gewerkschaften zur Heeresreform vor, der nicht mehr und nicht weniger will, als daß aus dem Munde der Soldaten das Wort „Republik“ ausgeht. Wir werden, daß die Soldaten in Zukunft statt auf die Republik auf ein nebelhaftes „Vaterland“ vereidigt werden. Wir sind für das Bürgerium noch immer der innere Feind. Darum wäre es verfehlt, wenn jetzt die Partei allzuviel vom Frieden mit dem Bürgerium erwartete.“ (Beifall)

Dieser Mann verlangt heil'ig nicht den Kampf gegen die Bourgeoisie, aber sein simplen Verstand sagt ihm, daß der Schwindel mit der Ohnmacht und Nichtigkeit der Gauguin und Straßella, mit dem Systemwechsel und der Ueberwindung des Faschismus wie Ellenbogens Empörung lauter, allzu trotz im Widerspruch mit den Tatsachen steht.

Auf dem Verbandstag der Eisenbahner dominierten die Bonzen wieder dieselben Kräfte in die Welt, wie sie es anlässlich der Verfassungsänderung und des Antiterroregesetzes zur Täuschung der Arbeiterkraft taten.

Die Eisenbahner sind den unerhörtesten Schikanen ausgesetzt. Auf Grund des Antiterroregesetzes verbietet man ihnen die Einlassung der Gewerkschaftsbeiträge in den Betriebsräumen der Bundesbahn. Jede Verteilung von Zeitungen, Zeitschriften auf dem Gelände der Bundesbahnen ist verboten. Am unerhörtesten reißt es die Alpline bei der Graj-Abflacher Bahn. Willkürlicher Abbau, Regierung jeder Personalverteilung und Entzug entscheidender Befehle des Monatslohens sind auf der Tagesordnung.

König verkündete, daß die Organisation einer Reihe von Prozessen gegen das Straßellaßsystem führe. Mit dem bürgerlichen Gerichte läßt sich der Straßellaß nicht brechen. Noch immer sind die gesetzwidrig fixierten Personalverteilungswahlen nicht ausgeschrieben worden, im Gegenteil, das Terrorregime der Heeresbetriebe soll seine Triumphe auch bei der Bundesbahn feiern.

Im Berordnungswege entzieht die Generaldirektion den Eisenbahnern den 13. Monatslohn. Die Bundesbahnen weisen ein namhaftes Defizit auf. Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft macht nicht halt vor den Eisenbahnern, die, geführt von der Sozialdemokratie, sich der Illusion hingeben, ihre soziale Frage sei durch einige Vorteile gegenüber der übrigen Arbeiterkraft schon gelöst. Aber gerade die Pläne der Regierung bezüglich der „Reform“ beim Bundesheer und den Bundesbahnen beweisen, wie trügerisch die Haltung der Seig, Rennz und Bauer ist. Das Proletariat muß sich auf der ganzen Front mit allen Mitteln des Klassenkampfes zur Wehr setzen.

Leset die Broschüre:

## „Die permanente Revolution“

von Leo Trotski

zu beziehen durch den Verlag

„Die Aktion“

in Berlin.

## Deutschland am Vorabend entscheidender Kämpfe.

Aus einem uns zugegangenen Bericht.

In den 3 Monaten, die seit den Reichstagswahlen vergangen sind, hat sich die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems in Deutschland in einem bisher noch nicht dagewesenen Tempo zugespitzt.

Nach dem Zusammenbruch des Berliner Metallarbeiterstreiks hat die Kapitaloffensive in allen Industriegebieten mit verstärkter Wucht eingesetzt. Gleichzeitig hat die weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zu einer Stilllegung neuer Industrien geführt, ist die Zahl der Arbeitslosen auf mehr als 3,5 Millionen angewachsen. Gegenwärtig sind mehr als ein Sechstel der Arbeiter und Angestellten arbeitslos und die tägliche Zunahme beträgt schätzungsweise 15–17.000. Die Produktionskapazität der deutschen Industrie wird gegenwärtig nur zu 53 Prozent ausgenützt, der Verlust an Arbeitseinkommen wird von dem Institut für Konjunkturforschung für 1930 mit 4 Milliarden Mark berechnet. Gleichzeitig zeigen die Finanzen der wichtigsten deutschen Industrieunternehmen, sowohl in der chemischen Industrie als auch in der Schwerindustrie, vor allem aber das Bankkapital eine Steigerung der Gewinne, trotz sinkender Produktion. Die steigende Spannung zwischen den sinkenden Rohstoffpreisen am Weltmarkt und den relativ hoch gebliebenen Preisen der Industrie wird zu einem der wichtigsten Momente für die gesteigerte Kapitalbildung.

Der Versuch des Diktaturregimes Brüning, das sich politisch auf die stille Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokratie stützt und nur von einem Teil des deutschen Finanzkapitals, von dem größten Teil des Handels, aber nur von wenigen Teilen der Schwerindustrie gestützt wird, durch eine Preisabschauaktion eine gewisse Veruhigung der Massen herbeizuführen, ist im ersten Anlauf an dem entschiedenen Widerstand der Monopolverbände gescheitert. Der Erfolg dieser Aktion ist einzig, daß sich die Kleinhandels- und Gewerbetreibenden, deren Zwischengewinn zum Hauptobjekt der Aktion wurde, in noch schnellerem Tempo als bisher dem Faschismus in die Arme werfen.

Das Tempo des faschistischen Wachstums hat sich weiter verstärkt. Eine ganze Reihe von Wahlen seit dem 14. September gibt darüber alarmierende Aufschlüsse. So zeigen die im November stattgefundenen Wahlen in Mecklenburg, Vorpommern, Bremen usw., folgendes Bild, während die allgemeine Wahlbereitschaft gegenüber den Reichstagswahlen zurückgeht — zum Teil sogar sehr stark — stieg die Aktivität der faschistischen Massen außerordentlich. Ihre Stimmzahlen sind seit den Reichstagswahlen um ca. 30 Prozent gestiegen, in manchen Gebieten um 50 Prozent, in der Stadt Bremen haben sie sich seit dem 14. September verdoppelt (50.000 gegen 26.000).

Die allgemeine Gärung in den Massen wächst unaußhörlich; aber sie kommt in steigendem Maße dem Faschismus zugute. Der Umgruppierungsprozeß der Massen vom reformistischen Flügel zum kommunistischen, der trotz

der Politik des Zentrismus nach der Errichtung des Diktaturregimes (18. Juli) einsetzte, ist vorläufig zum Stillstand gekommen. Der Höhepunkt dieses Prozesses war Mitte Oktober, zur Zeit des Berliner Metallarbeiterstreiks, an dem sich 130.000, obgleich die Mehrheit unorganisiert war und daher keinerlei Unterstützungen erhielt, beteiligten. Die verhängnisvolle Niederlage der Berliner Metallarbeiter wirkt sich jetzt in ganz Deutschland aus. Millionen Arbeiter hatten wie fasziniert auf diesen Streik geblickt von dem unsere Parteiführung von Anfang an erklärt hat, er stehe unter ihrer Führung. Durch diese Täuschung hat die Parteiführung unabsehbare Verheerungen angerichtet, da die Massen im Verlaufe dieses Streiks von Tag zu Tag deutlicher sehen mußten, wie ohnmächtig diese „Führung der RSD.“ gegenüber dem verräterischen Spiel des Reformismus war.

Die Aktionskraft, der Aktionsradius der Partei wächst nicht weiter. Wohl ist eine große kommunistische Strömung in den Massen sichtbar, aber das Vertrauen zur Partei wächst nicht. Die Erfolglosigkeit der Politik des Zentrismus wirkt sich naturgemäß zersetzend innerhalb der Partei selbst aus. Ein großer Teil der Parteikadern, insbesondere der Jugend, verzweifelt angesichts der Teilnahmslosigkeit der Massen gegenüber den Aktionslösungen der Partei, die einzige Lösung ist: „Deraus auf die Straße!“ Gegenwärtig finden täglich Demonstrationen statt, manchmal sogar eine vormittags und eine abends an der Möglichkeit, die Massen zu gewinnen. Auf dem Boden dieser Verzweiflung wächst der Zug zum Abenteuerismus, den die Parteiführung planmäßig hochzüchtet.

Wie groß die objektiven Möglichkeiten für einen gigantischen revolutionären Aufschwung in Deutschland sind, wie gewaltig die Strohkraft der Partei sein könnte, davon zeugt auf der anderen Seite die tiefe und zunehmende Gärung in den Reihen der reformistischen Arbeiter, sowohl in den Gewerkschaften, als auch in der SPD. und der Soz. Jugend. Die Erbitterung darüber, daß die Sozialdemokratie bedingungslos die Brüning-Diktatur unterstützt, nimmt gewaltiges Ausmaß an. Die Erregung über den Schiedspruch gegen die Berliner Metallarbeiter, der einstimmig, d. h. mit der Stimme des SPD-Delegierten, Professor Singheimer, gefaßt wurde, ist noch im weiteren Anwachsen. In Berliner, Breslauer und anderen SPD-Organisationen werden Anschließungsanträge gegen Singheimer angenommen.

Die Gärung in der SPD. wächst elementar heran und sie vollzieht sich bei gleichzeitigen Bankrott der „Linken“ SPD-Führer. Gerade die geschwählgsten Linken vom Schlage der armseligen Seydewitz erweisen sich jetzt als jammervolle Hampelmänner, die keinen Ausweg sehen und vor die Frage gestellt, außerparlamentarische Aktionen zu organisieren und der Brüning-Politik der Hilferding, Weis und Breitfeld Widerstand entgegenzustellen, in allen Punkten kapitulieren. Die „Linken“ stehen nicht an der Spitze der elementaren Bewegung in der SPD. und in den Gewerkschaften, sondern an ihrem Schwanz, wie gelähmt von der Furcht, die rebellierenden Parteilassen könnten spontan da und dort den Kampf aufnehmen. Die letzte Weisheit der Rechten ist auch der letzte Hoffnungsstrahl dieser Ritter von

der traurigen Gestalt: die Polizei des Herrn Severing. Die 2. Internationale, von Wandervelsch bis Otto Bauer, sie alle, die um die deutsche Bourgeoisrepublik zittern, sie haben keinen Funken Hoffnung auf die Massenkraft des Proletariats, sondern sie bilden angstvoll auf die preussische Schutzpolizei, von der sie Rettung in höchster Not erwarten.

Eine Wendung in der Politik der Partei, ein offener Verzicht auf ihre bisherige Linie, der Uebergang zur Anwendung einer großangelegten Einheitsfrontaktion, das könnte der ganzen Lage in Deutschland innerhalb sehr kurzer Zeit eine grundlegende Wendung geben.

Man muß den Gefahren, vor denen die deutsche Partei, die deutsche Revolution und die gesamte deutsche Arbeiterbewegung steht, offen aussprechen — nur so kann man die Voraussetzungen für eine wirkliche Wendung schaffen, kann man verhindern, daß die Partei in die Katastrophe geführt wird.

## Aufstand in Spanien.

Spaniens Militärregime und Pfaffenherrschaft steht auf einem Vulkan. Noch waren die Wellen des letzten Generalstreiks nicht abgeebbt, als sich schon eine neue soziale Flut der Empörung, diesmal aus dem Lager des republikanisch gesinnten Militärs, erhob. In ganz Spanien fluderte der Generalstreik wieder auf und in den verschiedensten Städten kam es zu heftigen Kämpfen mit den Regierungstruppen. Im ganzen Lande finden Massenverhaftungen statt. Zwei Führer des Aufstandes wurden erschossen, was große Erbitterung in der Bevölkerung hervorrief. Das Ministerium des Innern erklärt, es handelt sich um eine Bewegung revolutionär-kommunistischen Charakters. Die Regierung ist, nach den spärlichen Meldungen, die wegen der Zensur und des Belagerungszustandes durchdringen, zu schließen, in einer gefährlichen Lage. Wie immer die Ereignisse ihren Lauf nehmen, die Aufgaben der bürgerlichen Revolution vermag nur das Proletariat im Zuge der proletarischen Revolution zu erfüllen.

## Zum Nachdenken!

Aus der Broschüre Trotsky's: „Die österreichische Krise“.

Die bürgerlichen Parteien Österreichs haben ihre Eigenheiten um so leicht verloren, als sie alle an den Lippen des anglosächsischen Herrn hängen. Trotzdem die Sozialdemokratie in Wirklichkeit die Rolle spielt, ist sie gezwungen, dem Bloß der bürgerlichen Parteien gegenüber die Arbeiter fast. Nur diese „oppositionelle Haltung“ erlaubt es ihr, die Bourgeoisie zu retten. Weichartige Prozesse und Erscheinungen gab es auch in Deutschland. Sie begünstigten außerordentlich die Erhaltung der Selbständigkeit der deutschen Sozialdemokratie. Aber im Zusammenhang mit der viel größeren Macht und Selbständigkeit der bürgerlichen Bourgeoisie, mußte sich die deutsche Sozialdemokratie ihrer Bourgeoisie viel offener und sichtbar anpassen, mit ihr Bloß schließen und die unmittelbare Verantwortung für sie vor den Arbeitern über-

nehmen. Dieser Umstand schuf für die kommunistische Partei Entwicklungsmöglichkeiten.

Der Faschismus ist ein geistlicher Erbe der formellen Demokratie der Niedergangsepoche. Die Prinzipien der Demokratie in Oesterreich sind besonders jähres 10 abfindung geführt. Der Sozialdemokratie fehlen nur einige Prozente zur Majorität. Trotzdem kann man sagen und es ist kein Paradoxon, sondern die nackte Wahrheit - daß das politische Gleichgewicht der Sozialdemokratie sich nicht auf die 13 Prozent stützt, über die sie verfügt, sondern auf die 7 Prozent, die ihr fehlen, um die Macht zu übernehmen. Die Meister des Kapitalismus würden nicht wanien, wenn die Sozialdemokratie auch die Mehrheit bekommen würde. Aber eine solche Eroberung ist gar nicht garantiert. Es ist ein Idealismus, zu glauben, daß alle Fragen durch Propaganda gelöst werden können. Wenn man davon ausgeht, daß das Leben in Oesterreich sich auch weiter im Rahmen der Demokratie bewegen wird, so gibt es gar keine Gründe, anzunehmen, daß die österreichische Sozialdemokratie in den folgenden 25 oder 50 Jahren unbedingt die Mehrheit bekommen wird. Das wirtschaftliche Leben aller kapitalistischen, europäischen Staaten ist gewaltig bedroht durch die Vereinigten Staaten und andere überseeische Länder. Die wirtschaftliche Zukunft Oesterreichs, die gerade bei der Perspektive einer friedlichen Entwicklung unausbleiblich ist, würde der Sozialdemokratie eher ein Minus als ein Plus an Stimmen bringen. Es ergibt sich also nach der Logik der Demokratie, daß, obwohl die weitere Herrschaft der Bourgeoisie die Bevölkerung zur Ärmnis und kulturelle Verelendung verurteilt, obwohl die erdrückende Mehrheit des Proletariats dieses Mißgates der Nation bereit ist den Übergang zum Sozialismus zu vollziehen, ist dieser Übergang unzulässig, weil einige Prozente der Wähler, die rückwärtslicksten, die zurückgebliebensten oder die am meisten zerlegten Elemente sich außerhalb vom Kampfe halten, in völliger Finsternis vegetieren und im entscheidenden Augenblick bereit sind, ihre Stimmen und Häufe dem Faschismus anzubieten.

Oesterreich stellt einen kleinen Körper mit einem großen Kopf dar. Die Handhabung befindet sich in den Händen der Sozialdemokratie, die indes im Parlament weniger als die Hälfte der Mandate inne hat (43 Prozent). Dieses labile Gleichgewicht, das sich nur dank der konservativen, versöhnlichen Politik der Sozialdemokratie hauptsächlich, erleichtert die Zielung des Austromarxismus allgemein. Was er im Gemeinderat macht, genügt, um ihn von den bürgerlichen Parteien zu unterschreiben. Und, was er unterläßt, - das heißt das allerwichtigste - kann er immer als Schuld eben dieser bürgerlichen Parteien hinstellen. Während der Austromarxismus die Bourgeoisie in Artikeln und Reden bloßstellt, bemüht er, wie schon

gesagt, sehr geschickt die internationale Abhängigkeit Oesterreichs, um zu verhindern, daß die Arbeiter sich gegen ihre Klassenfeinde erheben. In Wien sind wir stark, aber im Lande sind wir noch schwach. Auf dem gibt es noch keinen Überwies. Wir müssen innerhalb der Demokratie unsere Positionen aufrechterhalten und... werden. Das ist die wichtigste Idee der austromarxistischen Politik. Dies ist das, was dem Austromarxismus bis jetzt die Möglichkeit, den „kleinen“ Mann, in der zweiten Internationale zu wirken und seine Position gegenüber der kommunistischen Partei, die dann noch Fehler auf Fehler hinzieht, zu behaupten.

Die österreichische Sozialdemokratie hat der Entente geholfen, mit der ungarischen Arbeiterbewegung zu werden, sie hat ihre eigenen Bourgeoisie geholfen, die Straße nach dem Sozialismus überwinden und sie schuf für das markende Privateigentum ein demokratisches Miß. Auf diese Weise war sie in der ganzen Nachkriegsperiode die wichtigste Waffe für die Herrschaft der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse.

Aber diese Waffe ist eine selbständige Organisation, mit einer reichlichen Parteizentrale und Arbeiterorganisation, die ihre eigenen Interessen und eigenen Ansprüche haben. Die Parteizentrale, deren Ideen, Verordnungen und Beschlüsse ganz und gar Kleinbürgerlich sind, stützen sich hauptsächlich auf die Arbeiterklasse und bekämpfen sich unter ständiger Drohung ihrer Unzufriedenheit. Dieser Umstand ist die wichtigste Ursache für Konflikte und Meinungen zwischen der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie, das heißt zwischen dem Herrn und dem Knecht.

**Wahlfondsausschuss.**

- Finanz: Sch. 11.80, Partei gesammelt Sch. 20.-
  - R. R. - 20 - 40 - 20 - 20 - 18 - 20 - 20
  - 40 - 20, Strichmugl - 30, Horowitzsch - 50, Denz - 20,
  - Krafer - 28, Gröbblbauer 2.-, 2.-, Greiner - 20, Dettner
  - 10, Berger - 40, Grelfoner - 20, Neubauer - 20, Kiehl
  - 1.-, Weißensbichler, - 20, Krafer - 20, Denz - 20, Pollack
  - 20, Grelfoner - 50, Hofe - 20, Polmer - 50, Müller
  - 28, Gröbbl. 2.-, Griesmayer - 70, Horowitzsch - 50,
  - Krafer - 25, Denz - 20, ein Wiener Genosse 2.-.
- Wahlfonds-Nachtrag: Sch. 28.80.**

Diese Nummer ist achtfach und kostet 15 Grosch., für Niederöste 12 Groschen.

**Tretet aus, aus der Heimwehrkirche!**

**VERBREITET ÜBERALL  
DEN  
MAHNRUF**

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gartengasse 1. - Im Auftrage der kommunistischen Opposition Oesterreichs (Einige Kommunisten): Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Rosnergasse 24. - Druck: „Aria“, Wien, 2. Bez., Teichstraße 52 k.